

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Wohnungsbestand - EG -
Fusionskontrolle - GATT - OPEC**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1988) : Kurz kommentiert: Wohnungsbestand - EG - Fusionskontrolle - GATT - OPEC, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 68, Iss. 12, pp. 597-598

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136463>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wohnungsbestand Sofortprogramm erforderlich?

Unter den jüngst veröffentlichten Ergebnissen der Volkszählung hat eine Zahl besondere Überraschung hervorgerufen: Während das Volkszählungsergebnis für die Bevölkerung von der fortgeschriebenen Zahl nur um 0,1 % abwich, betrug der Wohnungsbestand in der Bundesrepublik 1987 statt der fortgeschriebenen 27,5 Millionen Einheiten nur 26,3 Millionen und damit rund 1,2 Millionen weniger, als bislang angenommen wurde. Dieser mancherorts als „Fehlbestand“ bezeichnete Sachverhalt hat bereits die Forderung nach einem Sofortprogramm der Bundesregierung zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus laut werden lassen. Und der Ring Deutscher Makler erwartet infolge dieses „Fehlbestands“ für das kommende Jahr in den Ballungsgebieten einen Anstieg der Immobilienpreise sowie der Mieten.

Die durch die Wohnungszählung erzwungene Korrektur des amtlichen Wohnungsbestands um 4 bis 5 % nach unten kann allerdings für sich genommen keineswegs als Fehlbestand interpretiert werden, zumal diese globale Zahl kaum Rückschlüsse auf die Lage auf den regionalen Teilwohnungsmärkten zuläßt. In einer Marktwirtschaft wird Güterknappheit auf dem Markt und nicht durch amtliche Statistiken signalisiert. Es ist zwar zu vermuten, daß bei Vorliegen genauerer Daten mehr Wohnungen gebaut worden wären und daß Bund und Länder den öffentlich geförderten Mietwohnungsbau weniger stark reduziert hätten, als sie es seit Anfang der achtziger Jahre getan haben. Gleichwohl erscheint der Ruf nach staatlichen Sofortmaßnahmen allein aufgrund des ermittelten „Fehlbestands“ als überzogen oder zumindest als verfrüht, weil regionale Engpässe im Wohnungsangebot schneller und flexibler durch private Baumaßnahmen beseitigt werden können, was flankierende öffentliche Hilfen ja keineswegs ausschließt. hn

EG Umweltpolitisches Armutzeugnis

Nun haben es die EG-Umweltminister doch noch geschafft: Ende November konnten sie der Öffentlichkeit verkünden, daß die EG-Abgasnormen für Kleinwagen ab Oktober 1992 (für neue Modelle) bzw. ab Oktober 1993 (für alle neuen Fahrzeuge) auf rund die Hälfte der gegenwärtig zulässigen Werte gesenkt werden. Der Be-

schluß entspricht im wesentlichen einer Übereinkunft, die bereits im Juni in Luxemburg erzielt worden war, damals jedoch in letzter Minute am Veto Frankreichs scheiterte.

Der Sinneswandel Frankreichs ist allerdings kein später Akt umweltpolitischer Vernunft. Vielmehr keimte in Paris die Furcht vor wirksamen umweltpolitischen Alleingängen in den EG-Partnerstaaten zum Nachteil der eigenen Automobilindustrie. Der nunmehr mit qualifizierter Mehrheit gefaßte EG-Beschluß ist dagegen ganz im französischen Sinne, nämlich ausgesprochen mager ausgefallen. Die erst in fünf Jahren greifenden neuen EG-Normen liegen rund 50 % über den bereits lange geltenden US-Höchstwerten, und sie werden für Kleinwagen auch ohne Katalysator erfüllbar sein. Ungeklärt blieb allerdings, inwieweit einzelne Mitgliedsländer in Zukunft über finanzielle Anreize den strengeren US-Normen und dem Katalysator doch noch zum Durchbruch verhelfen dürfen. Die Minister überließen dieses Problem auf deutsche Anregung hin dem Europäischen Gerichtshof. Er soll nach einer entsprechenden Klage der Kommission entscheiden, ob die in den Niederlanden und anderswo geplanten Steueranreize für Katalysator-Kleinwagen ein unerlaubtes Handelshemmnis darstellen.

Mit dieser Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner haben die beteiligten Minister sich selbst ein Armutzeugnis ausgestellt und der europäischen Umwelt einen Bärendienst erwiesen. Überdies hat die europäische Idee in den Augen vieler Bürger wieder einmal schweren Schaden genommen. Verantwortlich dafür ist nicht zuletzt die deutsche Politik, die mit ihrer unklaren und passiven Haltung den fragwürdigen Kompromiß erst ermöglicht hat. er

Fusionskontrolle Überforderte EG-Kommission

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen funktionierenden EG-Binnenmarkt ist die Einrichtung einer europäischen Fusionskontrolle. Am Beispiel des derzeit vorliegenden Verordnungsentwurfs stellt sich jedoch auch die Frage, ob die europäischen Institutionen durch die vorgesehene rasche Ausweitung ihrer Befugnisse nicht zunehmend überfordert werden.

Nachdem der Kommission in den Vorgesprächen die alleinige Entscheidungsgewalt bei Fusionen von europäischer Bedeutung zugestanden worden ist, wird sie – falls die Aufgreifschwelle nicht noch erhöht werden – in

Zukunft pro Jahr über 150-200 der bedeutendsten Zusammenschlußvorhaben in der Gemeinschaft abschließend zu befinden haben. Schon aufgrund der personellen Ausstattung wird die Kommission ein solches Pensum innerhalb der vorgesehenen Fristen kaum bewältigen können, ohne daß die Qualität der Entscheidungen leidet.

Hinzu kommt, daß es vermutlich weitreichende Ermessensspielräume geben wird und wettbewerbsbeschränkende Fusionen erlaubt werden können, wenn sie zur Verwirklichung der allgemeinen Ziele des EWG-Vertrages beitragen. Hier wird industriepolitischen Bestrebungen auch durch die Einstufigkeit des Verfahrens Vorschub geleistet, da zwei im Prinzip völlig unterschiedliche Beurteilungsmaßstäbe miteinander vermischt werden. In Deutschland liegt die Bewertung der Wettbewerbsverhältnisse beim Kartellamt, während über eine Ausnahmegenehmigung der Wirtschaftsminister zu befinden hat. Trotz des aktuellen Falles Daimler-MBB sind die Erfahrungen mit diesem Verfahren insgesamt positiv. Die an sich wünschenswerte Einrichtung eines europäischen Kartellamtes ist jedoch nicht möglich, weil der EWG-Vertrag dafür keine Grundlage bietet. kra

GATT

Auftrieb für Scharfmacher

Die Halbzeitkonferenz der Uruguay-Runde des GATT in Montreal ist an der Agrarfrage gescheitert. Angesichts der amerikanischen Unnachgiebigkeit waren die transatlantischen Differenzen über Subventionen und andere Agrarhandelsschranken nicht zu überbrücken. Daß die EG sich nicht auf einen vollständigen Abbau produktions- und handelsverzerrender Agrarinterventionen – innerhalb welchen Zeitraums auch immer – einlassen würde, hatte von vornherein festgestanden. Daß umgekehrt die USA nicht bereit waren, von ihrer Maximalforderung wesentlich abzurücken, hat auch einen handfesten innenpolitischen Hintergrund. Denn die in Montreal bewiesene Härte der amerikanischen Delegation wird die neue Regierung in Washington vor den eigenen Bauern schützen, die sich mit Händen und Füßen gegen – nun nicht nötige – Sofortmaßnahmen wie das „Einfrieren“ staatlicher Hilfen wehren.

Der ungelöste Agrardissens wird den Scharfmachern im amerikanischen Kongreß Auftrieb geben. Man kann sich schon heute leicht ausmalen, wie protektionistisch das im nächsten Jahr zu beschließende neue amerikanische Agrargesetz aussehen wird. Gleichzeitig werden die Verhandlungen in den übrigen 14 Themenbereichen

der GATT-Runde durch den Agrarstreit schwer belastet. Das ohnehin gespannte Nord-Süd-Verhältnis verhärtet sich noch. Die Bereitschaft der Entwicklungsländer zur Öffnung ihrer Dienstleistungsmärkte und zu Konzessionen beim Schutz des geistigen Eigentums tendiert gegen Null. Um so energischer – und mit Recht – verlangen die Vertreter der Dritten Welt die Liberalisierung des Welttextilhandels, d. h. den ersatzlosen Wegfall des Multifaserabkommens nach dessen Auslaufen im Juli 1991. Mit dem Bonbon vergleichsweise geringfügiger Handelserleichterungen für tropische Produkte, die in Montreal in den Vordergrund gespielt wurden, werden sich die Entwicklungsländer sicherlich nicht abspesen lassen. ko

OPEC

Verstärkter Einigungsdruck

Ende November haben sich die OPEC-Länder nach langwierigen Verhandlungen darauf geeinigt, die gemeinsame Fördermenge ab Januar auf 18,5 Mill. Barrel pro Tag zu begrenzen. Die Preisreaktion an den Spotmärkten hielt sich jedoch bisher in engen Grenzen; die Preise kehrten lediglich auf das bereits stark gedrückte Niveau von Ende September zurück.

Die vereinbarte Einschränkung der Ölförderung um ca. 4 Mill. Barrel pro Tag ist, gemessen an der gegenwärtigen Fördermenge, zwar erheblich. Doch reicht sie möglicherweise nicht aus, um den Ölpreis auch über die nächsten Monate zu stabilisieren. Denn das gegenwärtige Ölangebot in den Importländern ist reichlich, und weitere umfangreiche Öllieferungen aus der bis Jahresende hohen Produktion Saudi-Arabiens und anderer Mitgliedsländer sind bis ins nächste Jahr hinein zu erwarten. Von der Ölnachfrage her aber zeichnet sich keine Entlastung ab, da die Vorräte bei Händlern und Verbrauchern bereits jetzt ein Rekordniveau haben.

Die Bedeutung des Kompromisses ist daher auch weniger in seinem Inhalt im einzelnen als vor allem darin zu sehen, daß er überhaupt zustande kam. Denn zum ersten Mal seit mehr als zwei Jahren gibt es damit wieder eine Vereinbarung, die von allen dreizehn Mitgliedern der OPEC getragen wird. Der anhaltend niedrige Ölpreis hat offensichtlich den Einigungsdruck entscheidend verstärkt, und zwar so sehr, daß schließlich auch die Forderung Iraks nach einer gleich hohen Produktionsquote wie Iran kein Hindernis mehr war. Um entsprechende Kürzungen bei anderen Mitgliedern zu vermeiden, wurde die gesamte Fördermenge im Vergleich zur früheren Vereinbarung heraufgesetzt. Ob allerdings das Konferenzergebnis in die Realität umgesetzt wird, ist offen. ma